

Antrag A8001: Mut zum Neuanfang

Antragsteller/-in:	Bundesvorstand der Freien Demokraten
Status:	zugelassen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Mut zum Neuanfang

2 Die Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 hat eines gezeigt: Wir brauchen Mut zum
3 Neuanfang – das gilt für uns Freie Demokraten nach unserer Wahlniederlage, aber
4 das gilt genauso für unser Land. Deutschland hat eine (ehemals) Große Koalition
5 der Mutlosigkeit bekommen, die sich vor schwierigen Entscheidungen drückt,
6 Probleme mit geliehenem Geld zuschüttet und den Reformstau weiter anwachsen
7 lassen wird. Im Großen und Ganzen soll alles so weitergehen wie bisher. Doch die
8 geopolitischen Spannungen, die tiefe wirtschaftliche Krise wie auch die
9 Konflikte innerhalb unserer Gesellschaft zeigen deutlich, dass mehr Mut nötig
10 wäre.

11 Wir Freie Demokraten dagegen stehen für den Mut zur Modernität – als Partei,
12 aber auch für unser Land. Wir sind nach der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025
13 die einzige Oppositionskraft der liberalen Mitte in Deutschland. Wir wollen
14 wieder die modernste Partei Deutschlands sein und sind entschlossen, auch als
15 außerparlamentarische Opposition mutige Impulse für unsere Gesellschaft zu
16 setzen.

17 CDU und CSU haben die Wahl mit dem Versprechen eines Politikwechsels gewonnen.
18 Dass dieser nun ausbleibt, wird von vielen Beobachtern als erwartbar abgetan.
19 Denn viele Menschen trauen den Parteien der Mitte nicht mehr ernsthaft zu, das
20 Land zu reformieren. Der deutschen Politik ist der Mut zur Veränderung
21 abhandengekommen. Statt einer Staatsreform bekommt Deutschland ein zusätzliches
22 Ministerium.

23 Ergebnis ist das beunruhigende Erstarken der Kollektivisten beider politischer
24 Ränder, die am 23. Februar erstmals mehr als ein Drittel der Bundestagsmandate
25 gewonnen haben. Die Mutlosigkeit und die Wortbrüche der Koalitionäre von Union
26 und SPD haben den rechten und linken Extremisten seither noch mehr Auftrieb
27 gegeben. Das Scheitern Friedrich Merz' im ersten Durchgang der Kanzlerwahl
28 bestätigt die gegenwärtige Krise der politischen Mitte.

29 Die liberale Demokratie, also die Verbindung aus Demokratie, Rechtsstaat und
30 Marktwirtschaft, steht weltweit unter großem Druck. Auch in etablierten
31 Demokratien identifizieren sich immer weniger Bürgerinnen und Bürger mit der
32 liberalen Demokratie und ihren Institutionen. Das Vertrauen in Parlament und
33 Regierung, aber auch in Einrichtungen wie Justiz, Wissenschaft und Journalismus
34 nimmt immer weiter ab. Funktionierende Institutionen, die von der Bevölkerung
35 akzeptiert werden, schützen aber die Freiheit des Einzelnen vor Willkür und dem
36 Recht des Stärkeren. Deswegen steht die FDP als die liberale Partei in
37 Deutschland unmissverständlich auf der Seite der liberalen Demokratie und ihrer
38 Institutionen. Sie tritt dem globalen Trend zum Abbau der liberalen Demokratie

39 deutlich entgegen.

40 Wir müssen den Mut aufbringen, uns für neue Ideen zu öffnen, auch wir als Freie
41 Demokraten. Ziel muss ein moderneres, wohlhabenderes und freieres Deutschland
42 sein. Wir übernehmen mit Verantwortung dafür, dass die extremen politischen
43 Ränder bei der nächsten Wahl nicht weiter anwachsen. Jetzt brauchen wir den Mut
44 zum Neuanfang für unser Land, nicht erst in vier Jahren.

45 Insbesondere bei den folgenden Themen sind die bisherigen Pläne der schwarz-
46 roten Koalition zu zaghaft und mutlos, hier bieten wir Freie Demokraten den
47 Bürgerinnen und Bürgern unsere Ideen und Konzepte für ein modernes Land an:

48 **I. Frei leben**

49 Wir sind eine freie Gesellschaft, in der sich jeder und jede nach eigenen
50 Vorstellungen im Rahmen umfassender Handlungsfreiheit selbst verwirklichen kann.
51 Doch der Staat muss dafür die Rahmenbedingungen schaffen.

52 **(1) Verteidigungsfähigkeit**

53 Grundlegende Voraussetzung für ein Leben in Freiheit ist, dass Deutschland ein
54 wehrhaftes Land und im Ernstfall verteidigungsbereit gegenüber aggressiven
55 ausländischen Mächten ist. Gegenwärtig wird unsere Sicherheit durch Putins
56 Russland und dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine bedroht. Wir müssen die
57 militärischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten haben, die Bundeswehr umfassend
58 zu stärken, die Ukraine weiter entschlossen zu unterstützen und unsere
59 Verantwortung innerhalb der NATO sowie der europäischen Sicherheits- und
60 Verteidigungspolitik zu erfüllen. Deshalb haben wir Freie Demokraten einen
61 Verteidigungsfonds für Deutschland neben der Schuldenbremse vorgeschlagen.

62 Auch Union und SPD bekennen sich zu Deutschlands verteidigungspolitischer
63 Verantwortung und wollen die benötigten Haushaltsmittel bereitstellen,
64 wenngleich sie mit dem umfassenden Aufweichen der Schuldenbremse gezeigt haben,
65 dass sie die Krise als Gelegenheit nutzen, sich zugleich auf innenpolitischen
66 Reformbaustellen der Notwendigkeit von Sparanstrengungen zu entledigen.

67 Jenseits der Schuldenaufnahme mangelt es der schwarz-roten Bundesregierung an
68 konkreten Plänen, wie die deutsche Verteidigungsfähigkeit zügig und umfassend
69 wiederhergestellt werden soll. Zu befürchten ist, dass die Prozesse
70 überbürokratisch bleiben und das viele Geld vor allem zu Preissteigerungen bei
71 den Rüstungsgütern führt. Insbesondere fehlt es an einer umfassenden
72 europäischen Kooperation in der Rüstungsbeschaffung.

73 **(2) Deregulierung, Bürokratieabbau und Staatsmodernisierung**

74 Zahllose bürokratische Vorschriften machen es den Menschen in Deutschland
75 unmöglich, ihr Potential zu entfalten. Aktuell enthalten allein die Gesetze und
76 Verordnungen auf Bundesebene fast 100.000 Rechtsnormen. Diese überbordende
77 Bürokratie kostet Deutschland jährlich bis zu 146 Milliarden Euro an
78 Wirtschaftsleistung. Was nicht direkt messbar ist: Ein überregulierender Staat
79 bremst die Eigeninitiative und nimmt den Menschen die Freude am Gestalten.

80 Zudem hat die Regulierungsflut in den vergangenen Jahren zu einem Aufwuchs des

öffentlichen Dienstes geführt, da jede Regel verwaltet, kontrolliert und novelliert werden will. Das hat nicht nur zu steigenden Personalkosten geführt, sondern vor allem auch den Fachkräftemangel der Wirtschaft verschärft.

Auch wenn die schwarz-rote Koalition hier erste Schritte in die richtige Richtung angekündigt hat und neben einem moderaten allgemeinen Stellenabbau die Hälfte der Beauftragten des Bundes einsparen möchte, fehlt es an einer echten Kehrtwende hin zu Deregulierung, Bürokratieabbau und Staatsmodernisierung. Die Gründung eines neuen, zusätzlichen Bundesministeriums für Digitalisierung und Staatsmodernisierung führt zunächst nur zu mehr, nicht weniger Staat. Es fehlte wohl die Kraft, zur Kompensation auch nur ein einziges der bestehenden Bundesministerien einzusparen, wie zum Beispiel das eigenständige Entwicklungshilferessort.

Der Staat muss endlich so unkompliziert funktionieren wie eine Banking-App. Moderne, erfolgreiche FinTech-Start-ups gründen allerdings nicht zuerst eine teure bürokratische Verwaltungsmaschinerie, bevor sie ihre Banking-App auf den Markt bringen.

Zudem scheitert die angekündigte Wirtschaftswende im Bereich der Deregulierung schon daran, dass sich die neue Bundesregierung nicht mit den Bürokratiemonstern der CDU-geführten EU-Kommission anlegen möchte: EU-Verbrennerverbot, EU-Heizungsverbot und EU-Sanierungszwang bleiben bestehen. Das deutsche Lieferkettengesetz soll abgeschafft werden, die EU-Lieferkettenrichtlinie nicht: Das reicht nicht für eine Wirtschaftswende, sondern bestenfalls für eine kurze Verschnaufpause.

(3) Wohnen als die neue soziale Frage

Nur wenn überall im Land angemessene und bezahlbare Wohnungen verfügbar sind, können sich die Menschen frei entfalten und ihre beruflichen Ziele verfolgen – denn geographische Mobilität ist in vielen Fällen Voraussetzung sozialer Mobilität, das Aufstiegsversprechen unserer Gesellschaft darf nicht schon am mangelnden Wohnraum enden.

Die Knappheit an erschwinglichem Wohnraum gerade in Ballungsräumen ist für viele Familien ein großes Problem. Viele sehen sich auch mit durchschnittlichen oder sogar überdurchschnittlichen Einkommen inzwischen kaum mehr in der Lage, ein praktisch gelegenes, wunschgemäßes Zuhause für ihre Familie zu finden.

In dieser Lage wollen Union und SPD die staatliche Mietpreisbremse verlängern und verschärfen. In der Ampel-Koalition haben wir dies noch erfolgreich verhindert. Denn die Mietpreisbremse führt nicht zu mehr, sondern zu weniger Wohnungsbau, da sich insbesondere Kleinvermieter fragen, wie sie mit staatlich gedeckelten Mieten überhaupt noch eine Rendite auf ihre zusammengesparte Mietwohnung erzielen können. Also investieren sie ihr Erspartes lieber woanders.

Statt solcher Eingriffe in die Marktpreisbildung wollen wir die Ursache des zu geringen Wohnungsbaus angehen: Bauen ist schlicht zu teuer. Deshalb ist das Rezept für mehr und günstigere Wohnungen und Eigenheime: Bauvorschriften massiv reduzieren, effizienter marktwirtschaftlicher Klimaschutz durch Emissionshandel anstelle kleinteiliger staatlicher Vorgaben, Freibetrag bei der

125 Grunderwerbsteuer für selbstgenutztes Wohneigentum. Wenn wir die Baukosten und
126 Baunebenkosten auf diese Weise senken, gehen die Mieten von allein zurück – ganz
127 ohne Mietpreisbremse. Und vor allem finden auch Durchschnittsverdiener in
128 Ballungsräumen wieder eine Wohnung ohne ewiges Pendeln.

129 II. Frei reden

130 (1) Meinungsfreiheit garantieren

131 Das Grundrecht der Meinungsfreiheit ist Kernbestandteil individueller Freiheit
132 und Voraussetzung einer lebendigen Demokratie. Wenn eine Mehrheit der Deutschen
133 den Eindruck gewonnen hat, man könne seine Meinung nicht mehr frei äußern, ist
134 das ein bedrückendes Warnsignal. Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass eine
135 lebendige Demokratie offene, respektvolle und aktive Debatten braucht. Wir sind
136 auch der Überzeugung, dass Widerspruch anderer Bürgerinnen und Bürger zum
137 offenen Meinungsdiskurs gehört. Der Staat soll sich im öffentlichen
138 Meinungskampf zurückhalten. Wir müssen der Gefahr entgegenwirken, dass
139 Bürgerinnen und Bürger den Eindruck erhalten, eingeschüchtert zu werden,
140 insbesondere durch Organisationen, die staatlich finanziert werden.

141 Auch digitale Plattformen haben eine eigene Verantwortung, wenn es um den Schutz
142 der Meinungsfreiheit geht. Die im Rahmen des Digital Services Act eingeführten
143 Sorgfaltspflichten für Plattformen dürfen nicht dazu führen, dass die
144 Meinungsfreiheit beeinträchtigt wird oder dass Private statt staatlicher
145 Gerichte über die Grenzen der Meinungsfreiheit entscheiden.

146 Ausgerechnet in dieser für die Meinungsfreiheit in Deutschland kritischen
147 Situation haben sich Union und SPD sogar auf weitere Eingriffe in unsere
148 Bürgerrechte verständigt. So soll etwa der Straftatbestand der Volksverhetzung
149 bei „Hass und Hetze“ bis hin zum Entzug des passiven Wahlrechts verschärft
150 werden. Gegen falsche Tatsachenbehauptungen soll künftig vorgegangen werden.
151 Doch ein Land, in dem der Staat über Wahrheit und Unwahrheit entscheidet,
152 gefährdet die Freiheit seiner Bürger, seiner Wissenschaftler, seiner
153 Unternehmen. Zugleich wollen CDU, CSU und SPD die staatliche Finanzierung
154 bestimmter aktivistischer NGOs unvermindert fortsetzen. Dem stellen wir uns
155 entgegen.

156 Ob untersagte Demonstrationen und Gottesdienste oder die pauschale Schließung
157 von Betrieben und Bildungseinrichtungen – während der Corona-Pandemie hat sich
158 eine allgemeine Geringschätzung der Grundrechte ausgebreitet. Deshalb ist es
159 unzureichend, wie von CDU, CSU und SPD geplant, nur eine Enquete-Kommission zur
160 Corona-Aufarbeitung einzusetzen. Wir Freie Demokraten fordern deshalb einen
161 Parlamentarischen Untersuchungsausschuss für echte Aufklärung und kritische
162 Aufarbeitung.

163 (2) Privatsphäre schützen

164 Die unbefangene Ausübung der Meinungsfreiheit setzt den Schutz der Privatsphäre
165 auch in der digitalen Welt voraus. Dazu gehört für uns Freie Demokraten ein
166 Recht auf Verschlüsselung, damit private Kommunikation privat bleibt. Wir lehnen
167 Netzsperrern, Chatkontrollen, Uploadfilter, die Vorratsdatenspeicherung und

168 andere Formen der anlasslosen Datenerfassung ab. Mit unserem Quick-Freeze-Modell
169 können stattdessen im Verdachtsfall bestimmte Daten auf richterliche Anordnung
170 gesichert werden.

171 Demgegenüber plant die schwarz-rote Regierungskoalition massive Eingriffe in
172 digitale Bürgerrechte: Vorratsdatenspeicherung, Staatstrojaner sowie erweiterte
173 Ermittlungsbefugnisse bei der Telefonüberwachung und der Funkzellenabfrage
174 würden eine unverhältnismäßige Einschränkung der Privatsphäre bedeuten.

175 **III. Frei wirtschaften**

176 Wirtschaftliche Freiheit als Teil individueller Freiheit war immer schon Teil
177 unserer DNA als Freie Demokraten. Denn dabei geht es nicht um
178 volkswirtschaftliche Kennziffern, sondern um die Lebenschancen von Millionen
179 Menschen.

180 Wenn Unternehmer Erfolg haben, Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen,
181 profitieren wir alle davon. Zudem führt wirtschaftliche Stärke zu geopolitischer
182 Bedeutung, sie ermöglicht uns ein Leben in Sicherheit, Freiheit und Wohlstand.

183 Doch heute ist die wirtschaftliche Freiheit in Deutschland stärker bedroht als
184 zu irgendeinem anderen Zeitpunkt seit den Jahren des Wirtschaftswunders. Das
185 Wohlstandsversprechen ist in akuter Gefahr. Die Voraussetzung seiner Erneuerung
186 sind mutige Reformen. Nur so können wir die Zweifel an unserer Demokratie
187 zerstreuen und die Populisten an den politischen Rändern zurückdrängen.

188 Die Gefährdung unseres Wohlstands ist eine direkte Folge der zunehmenden
189 Einschränkung der wirtschaftlichen Freiheit in den vergangenen zwei Jahrzehnten.
190 Hier müsste die neue schwarz-rote Koalition ansetzen, doch sie tut das
191 Gegenteil. Der versprochene Politikwechsel in der Wirtschaftspolitik bleibt auf
192 fast allen Feldern aus.

193 **(1) Neustart der Energiewende**

194 Nach 25 Jahren Energiewende liegt Deutschland in Europa an der Spitze –
195 allerdings nur bei der Höhe des Strompreises von rund 40 Cent pro
196 Kilowattstunde. Mit derart hohen Strompreisen ist die auf weitreichende
197 Elektrifizierung von Heizungen und Autos, aber auch der energieintensiven
198 Industrie angelegte Energiewende nicht durchführbar. Völlig zurecht sind viele
199 Bürgerinnen und Bürger nicht bereit, immer höhere Lebenshaltungskosten zu
200 akzeptieren und ihren Wohlstand dahinschwinden zu sehen für ein unausgeglichenes
201 Konzept einer Energiewende ohne Kernkraft, das nirgends auf der Welt Nachahmer
202 findet.

203 Wir Freie Demokraten wollen deshalb alle ideologischen Vorbehalte gegenüber
204 modernen Technologien wie der Kernfusion und sicheren Kernkraftwerken der neuen
205 Generation überwinden. Zahlreiche Länder auf der Welt steigen gerade wieder in
206 die Kernenergie ein oder bauen zusätzliche Kraftwerke nach neuesten Standards.

207 Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz sind auf große Mengen günstiger,
208 zuverlässiger Energie angewiesen. Wir brauchen künftig viel mehr, nicht weniger
209 Energie. Deshalb setzen wir zusätzlich auf heimische Schiefergasförderung, die
210 vollständige Marktintegration der Erneuerbaren Energien zur Hebung von

211 Effizienzreserven und den Abbau regulatorischer Hürden beim Netzausbau. Eine
212 realistische und kosteneffiziente Energiewende sollte zudem das EU-Ziel für die
213 Klimaneutralität von 2050 anstreben und Angela Merkels Sonderweg des Zieljahrs
214 2045 verlassen.

215 Union und SPD dagegen haben den dringend gebotenen Neustart der Energiewende
216 abgesagt: Sie halten aus ideologischen Gründen am unerreichbaren Ziel der
217 Klimaneutralität 2045 fest und haben dieses sogar im Grundgesetz verankert,
218 wollen das teure Sonderregime für Erneuerbare Energien beibehalten und
219 Deutschlands Sonderweg beim Kernkraftausstieg weiterbeschreiten. Anstelle einer
220 Angebotsausweitung von bezahlbarer, zuverlässiger und emissionsarmer Energie
221 sollen Subventionen die Netzentgelte auf Steuerzahlerkosten künstlich billiger
222 erscheinen lassen. Ein Industriestrompreis für die energieintensive Industrie
223 droht zu einer neuen Dauersubvention zu werden.

224 Die schwarz-rote Energiepolitik verfolgt als einziges Ziel das geschickte
225 Verschieben und Verstecken der hohen Kosten der fehlkonzipierten Energiewende.
226 Auch die Absichtserklärung, den Rückstand Deutschlands gegenüber den USA und
227 China in Zukunftsbranchen wie Künstlicher Intelligenz und Quantencomputing
228 aufzuholen, wird damit von vornherein unglaublich. Wir Freie Demokraten werden
229 beharrlich darauf hinweisen, denn der Industriestandort Deutschland hängt
230 maßgeblich davon ab, dass wir schnellstmöglich zu einer rationalen
231 Energiepolitik zurückkehren.

232 **(2) Einfach, niedrig und gerecht – der zeitlos richtige Maßstab für ein** 233 **Steuersystem**

234 Wir Freie Demokraten wollen das deutsche Steuersystem leistungsgerechter
235 ausgestalten, damit die Bürgerinnen und Bürger deutlich mehr Netto vom Brutto
236 haben und der Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb profitiert.
237 Zwei Jahrzehnte nach unserem großen Steuerreformkonzept mit der Zieltrias
238 „einfach, niedrig und gerecht“ halten wir Freie Demokraten weiterhin an unserer
239 Überzeugung fest, dass die Menschen in Deutschland ein deutlich
240 verständlicheres, leistungsgerechteres und faireres Steuersystem verdient haben.

241 Dazu wollen wir den Einkommensteuertarif zu einem flacher verlaufenden
242 Chancentarif weiterentwickeln, mit mehr Aufstiegschancen, Lohngerechtigkeit und
243 einem deutlich später einsetzenden Spitzensteuersatz. Der Solidaritätszuschlag
244 muss 35 Jahre nach der Wiedervereinigung endlich entfallen. Dadurch entlasten
245 wir insbesondere unseren Mittelstand. Die Unternehmensbesteuerung muss dringend
246 auf unter 25 Prozent sinken und das deutsche Steuerrecht drastisch vereinfacht
247 werden, wie es das FDP-geführte Bundesfinanzministerium angestoßen hatte.

248 Im Gegensatz zu unseren steuerpolitischen Grundüberzeugungen als Freie
249 Demokraten ist vom ehemaligen „Bierdeckel-Reformer“ Friedrich Merz nichts
250 übriggeblieben. Ehrgeizige Steuerreformpläne sucht man im Koalitionsvertrag des
251 Bundeskanzlers Merz vergeblich, das Finanzministerium hat er leichten Herzens
252 den Sozialdemokraten überlassen, weil er sich eher auf den Bühnen der Welt sieht
253 und die Steuerzahler in Deutschland ihrem Schicksal überlässt.

254 So konnten sich CDU, CSU und SPD steuerpolitisch nur auf eine vage Ankündigung
255 einer Steuersenkung in mehreren Jahren einigen. Der Solidaritätszuschlag soll

sogar gar nicht angetastet werden. Die deutsche Wirtschaft kann aber nicht bis 2032 auf ein wettbewerbsfähiges Steuerniveau warten. Zudem stehen sämtliche Steuersenkungen unter Finanzierungsvorbehalt, und Friedrich Merz hat selbst Steuererhöhungen nicht eindeutig ausgeschlossen.

Zudem werden neue teure Subventionen etwa für Elektroautos und zur Senkung der Netzentgelte versprochen. Dabei hat der Bund unter dem grünen Wirtschaftsminister Robert Habeck zuletzt bereits 127 Milliarden Euro pro Jahr allein an direkten Subventionen ausgegeben. Das heißt, fast das gesamte Aufkommen des Bundes aus der Lohn- und Einkommensteuer fließt in Subventionen zur Wirtschaftslenkung und steht damit nicht mehr zur Erfüllung der staatlichen Kernaufgaben oder für Steuersenkungen zur Verfügung.

Union und SPD scheint das nicht zu stören, frei nach Habecks Motto: „Am Ende ist es nur Geld.“ Dieses Geld wird von den Bürgern und Unternehmen erwirtschaftet. Wir Freie Demokraten wollen, dass sie spürbar mehr davon behalten können.

(3) Generationengerechte Staatsfinanzen

Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen – plus Zinsen. Verschuldung ist daher keine seriöse Einnahmequelle, sie kann lediglich in besonderen Notlagen kurzfristig genutzt werden, um sprunghafte Steuererhöhungen zu vermeiden. Deshalb haben wir Freie Demokraten die Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Ampel-Koalition Tag für Tag gegen Angriffe der Koalitionspartner verteidigt und zudem in Brüssel eine stabilitätsorientierte Reform der EU-Fiskalregeln durchgesetzt.

Auch Friedrich Merz hat als Oppositionsführer die Schuldenbremse jahrelang wortreich verteidigt, nur, um direkt nach seinem Wahlsieg das Gegenteil zu tun. Nicht nur Verteidigungsausgaben sollen künftig weitgehend und dauerhaft von der Schuldenbremse ausgenommen werden, es sollen auch Infrastruktur- und Klimaschutzausgaben in Höhe von 500 Milliarden Euro defizitfinanziert werden. Dadurch droht in den kommenden Jahren eine der letzten großen Stärken des Standorts Deutschland zu verschwinden: Die moderate Schuldenlast von 62,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts könnte sich auf über 90 Prozent erhöhen, weitab des Maastricht-Kriteriums von 60 Prozent. Laut dem Bundesrechnungshof würde sich die Zinslast des Bundes von 34 Milliarden Euro im Jahr 2024 bis zum Jahr 2035 auf über 70 Milliarden Euro verdoppeln.

Doch damit nicht genug: Die Union hat der SPD eine weitere Aufweichung der Schuldenbremse bis Ende dieses Jahres zugesagt – dann mit der verfassungsändernden Mehrheit des neuen Bundestages, also zwangsläufig unter Einbeziehung der politischen Ränder. Auch an anderer Stelle, etwa über die Autobahn GmbH des Bundes, ist eine zusätzliche Schuldenaufnahme fest vereinbart.

Nicht nur scheint Friedrich Merz alle stabilitätspolitischen Lehren seines einstigen Mentors Wolfgang Schäuble vergessen zu haben. Auch verstoßen seine Verschuldungspläne für die Infrastruktur klar gegen die von Christian Lindner als Bundesfinanzminister durchgesetzten Europäischen Fiskalregeln.

(4) Langfristig leistungsfähige soziale Sicherungssysteme

299 Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich auf den deutschen Sozialstaat verlassen
300 können. Doch das Vertrauen etwa in die Sicherheit der Rente sinkt. Denn die
301 Menschen wissen, dass der demographische Wandel dazu führt, dass immer weniger
302 Erwerbsfähige die Rente für immer mehr Senioren aufbringen müssen.

303 Deshalb treten wir Freie Demokraten weiterhin klar für eine Systemumstellung auf
304 eine Teilkapitaldeckung durch eine gesetzliche Aktienrente ein. Die Rendite
305 einer breit diversifizierten Anlage an den globalen Kapitalmärkten ist das
306 wirksamste und zuverlässigste Mittel, die gesetzliche Rentenversicherung zu
307 stabilisieren und langfristig zukunftsfest zu machen.

308 Dagegen schenken den Rentenversprechen von CDU, CSU und SPD immer weniger
309 Bürgerinnen und Bürger Glauben. Der demographische Wandel ist der blinde Fleck
310 des Koalitionsvertrags: Es wird so getan, als gebe es diesen gar nicht, dabei
311 steht der geburtenstärkste Jahrgang 1964 kurz vor dem Renteneintritt. Statt das
312 von der FDP in der Ampel-Koalition entwickelte Konzept einer Aktiensäule in der
313 Rentenversicherung weiterzuverfolgen, werden die Nachhaltigkeitsprobleme der
314 Rente in eine Expertenkommission verschoben.

315 Dagegen ist man sich bei zusätzlichen Ausgaben ohne zusätzlichen Expertenrat
316 einig: Der Nachhaltigkeitsfaktor der Rentenformel wird bis 2031 ausgesetzt, die
317 Rente mit 63 nicht angetastet, die Mütterrente sogar noch ausgeweitet. Insgesamt
318 ist mit mehr als 50 Milliarden Euro zusätzlichen Rentenausgaben bis zum Jahr
319 2031 zu rechnen.

320 Auch auf den sozialpolitischen Großbaustellen Gesundheit und Pflege sind
321 keinerlei konkrete Maßnahmen zur Kostendämpfung geplant, der Reformstau wird
322 einfach an Kommissionen delegiert, die darüber zum wiederholten Male beraten
323 dürfen.

324 Bereits jetzt ist klar absehbar, dass die Sozialabgaben der Versicherten weiter
325 ungebremst von heute gut 42 Prozent bis auf 45 Prozent des Bruttolohns steigen
326 werden. Das bedeutet schlicht: noch weniger Netto vom Brutto für alle gesetzlich
327 Versicherten. Dennoch hat die Koalition eine Bestandsaufnahme der
328 Beitragsentwicklung erst für das Jahr 2029 vereinbart – das Jahr, in dem
329 spätestens im März die nächste Bundestagswahl ansteht. Klarer kann man seinen
330 fehlenden Reformmut nicht ausdrücken.

331 **(5) Keine politischen Eingriffe beim Mindestlohn – Rückkehr zur** 332 **leistungsorientierten Lohnpolitik**

333 Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Die Tarifparteien wissen am besten, welcher
334 Lohn den Gegebenheiten am Arbeitsmarkt entspricht und welche Höhe der
335 gesetzliche Mindestlohn als Untergrenze haben darf, ohne Betriebe und damit
336 Arbeitsplätze zu gefährden.

337 Union und SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag in diese Aufgabe der
338 unabhängigen Mindestlohnkommission eingemischt und sich für 15 Euro Mindestlohn
339 ausgesprochen. Das gefährdet viele Betriebe insbesondere in Ostdeutschland und
340 droht die Inflation anzukurbeln.

341 Zudem gerät die Lohngerechtigkeit unter Druck: Wenn schon die einfachsten
342 Tätigkeiten künftig mit 15 Euro pro Stunde zu entlohnen sind, ist der

343 Lohnabstand zu den höherqualifizierten Beschäftigten in vielen Fällen nicht mehr
344 hinreichend. Einfache Tätigkeiten dürften zudem mittelfristig wegrationalisiert
345 werden, die Sozialstaatsfalle zwischen Leistungen wie Bürgergeld und Wohngeld
346 sowie einem hohen Mindestlohn droht sich auszuweiten. Die Koalition riskiert
347 eine neue millionenfache Gerechtigkeitslücke auf dem Arbeitsmarkt.

348 **IV. Erarbeiten wir uns den Optimismus zurück**

349 Wenn Optimismus auf Mut mit guten Erfolgsaussichten basiert, müssen wir uns
350 unseren Optimismus neu erarbeiten. Das gilt für die FDP genauso wie für die
351 deutsche Gesellschaft: Schaffen wir die Voraussetzungen dafür, wieder
352 erfolgreich zu sein, sind wir mit guten Gründen wieder optimistisch. Eine
353 verzagte Gesellschaft, die das Vertrauen in ihre Zukunftsfähigkeit verloren hat,
354 wirkt nicht attraktiv und einladend. Doch es wäre falsch, einfach eine bessere
355 Stimmung im Land zu fordern, solange die Politik nicht die Fesseln löst, die so
356 viele Leistungsbereite in Deutschland zurückhalten.

357 Glaubwürdigen Optimismus muss man sich verdienen: durch ein Bekenntnis zur
358 individuellen Freiheit und zur Modernität. Zu einer politischen Kultur des Muts.
359 Mut zu neuen Ideen und Konzepten, Mut für ein neues Reformprogramm für
360 Deutschland. Wer wie Union und SPD mindestens Expertenkommissionen einsetzen
361 will, weiß offenkundig nicht, was unser Land jetzt braucht. Stattdessen drängt
362 sich der Verdacht auf, dass die Lösung längst bekannter Probleme um weitere vier
363 Jahre aufgeschoben werden soll.

364 Umso mehr werden wir Freie Demokraten uns in den kommenden Jahren positiv,
365 konstruktiv und ohne Denkverbote in die Debatten einbringen, die unser Land
366 jetzt braucht. Damit wir schon 2029 in einem wieder optimistischen Land mit
367 einer starken, lebendigen politischen Mitte leben.